

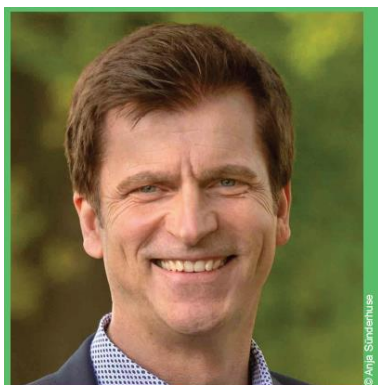
2023 Rückmeldungen zu familienpolitischen Vorhaben

Im Vorfeld der letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag hatte der Familienbund Osnabrück die Direktkandidat*innen in der Region eingeladen, zwei plakative Schlagworte bzw. zwei „Drei-Wort-Sätze“ zu ihren wichtigsten persönlichen familienpolitischen Anliegen für die nächste Amtsperiode des Bundestages zu benennen. Diese waren von uns auf unserer Homepage und auch über soziale Medien veröffentlicht worden.

Nun haben wir nach gut einem Jahr der Amtsperiode des Bundestages noch einmal Kontakt zu den Politiker*innen aufgenommen, die sich im vergangenen Jahr an der Aktion beteiligt hatten. In diesem Zusammenhang baten wir um Informationen zum aktuellen Stand und auch zu Erfolgen ihrer Bemühungen um die politische Gestaltung von guten Rahmenbedingungen für Familien.



Nachfolgende Rückmeldungen, für die wir uns herzlich bedanken, haben uns bisher dazu erreicht:



Dr. André Berghegger,
CDU

- Familien finanziell entlasten
- Zeit für Kinder

Die Arbeit in der Opposition des Parlaments bietet weniger Gestaltungsmöglichkeiten als in der Regierung. Dennoch konnte die CDU/CSU-Fraktion manche Anregungen geben, die von der Bundesregierung berücksichtigt wurden. Ein großer Erfolg war der Einsatz für den Erhalt der sogenannten „Sprach-Kitas“. Die in diesem Programm hinterlegten Bundesgelder ermöglichen Kitas die Finanzierung von Angeboten für die sprachliche Bildung. Das Programm wurde 2016 gestartet und wird anders als von der Bundesregierung ursprünglich vorgesehen, immerhin bis Juni 2023 fortgeführt. Ab dann sollen die Länder die Finanzierung der Angebote für die frühkindlichen Sprachbildung übernehmen.

Von der hohen Inflation und den gestiegenen Energiekosten waren und sind bis heute finanzschwache Haushalte besonders betroffen.

Die CDU/CSU-Fraktion hat sich deshalb bei der Bereitstellung von Hilfgeldern früh gegen das „Gießkannenprinzip“ ausgesprochen und für die Unterstützung von Familien mit geringem Einkommen eingesetzt. Statt der 300-Euro-Energiepauschale für alle hätte das untere Einkommensdrittel mit je 1000 Euro unterstützt werden können.

Zu Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine und damit verbunden den rasant steigenden Energiekosten sowie der zunehmenden Inflation hat die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag zur finanziellen Entlastung von Alleinerziehenden gestellt. Die Kernpunkte des Antrags waren die Anhebung des Entlastungsbetrags auf 5.000 Euro, die Reduzierung der Anrechenbarkeit des Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss, die Verbesserung des Zugangs zum Wohngeld und die Einführung eines Kinderbonus in Höhe von 150 Euro. Dieser Antrag wurde nicht angenommen.

Zuletzt hat sich die Unionsfraktion für eine Fristverlängerung für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung eingesetzt. Mit dem beschleunigten Ausbau soll dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab dem Jahr 2026 Rechnung getragen werden. Länder und Kommunen erhalten hierfür 3,5 Mrd. Euro vom Bund. Aufgrund der Corona-Pandemie und z.T. auch der Hochwasserkatastrophe in einigen Regionen Deutschlands ist es zu erheblichen Verzögerungen von Baumaßnahmen gekommen. Die Fristverlängerung hatte das Ziel, den Kommunen mehr Zeit zur Umsetzung der Baumaßnahmen zu gewähren. Es besteht nunmehr die Gefahr, dass Kommunen, die im Vertrauen auf den Erhalt der Fördermittel bereits Aufträge erteilt haben, im Falle eines Widerrufs von Förderbescheiden Kosten selbst tragen müssten bzw. Bauvorhaben nicht fertiggestellt werden könnten. Vor diesem Hintergrund hat die Unionsfraktion den Antrag gestellt, den Förderzeitraum bis Ende 2023 zu verlängern. Leider wurde auch dieser Antrag abgelehnt.

In der Zeit bis zur nächsten Wahlperiode wird sich die CDU/CSU-Fraktion auch weiterhin für Familien und insbesondere für Kinder einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen
André Berghegger



**Dr. Daniela De Ridder,
SPD**

- Abschied vom Ehegattensplitting
- Kinderrechte ins Grundgesetz

Vielen Dank für Ihre Anfrage. Als Abgeordnete für den Wahlkreis Mittelems bin ich immer wieder mit Akteur:innen der Familienhilfe im Kontakt. Gerade erst hatte ich einen Termin mit dem Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) in Meppen. Bei diesem Gespräch haben wir insbesondere über eine mögliche Ausweitung der Frühen Hilfen gesprochen. So konnten wir im Rahmen des aktuellen Bundeshaushalts für diese wichtige Aufgabe fünf Millionen Euro mehr zur Verfügung stellen. Wir setzen uns zudem für weitere Mittel ein.

Dies ist nur ein Beispiel, wie wir im Haushalt für 2023 Mittel bereitgestellt haben, die Familien unterstützen. So ist der Etat des Familienministeriums erneut gestiegen: Über 13,5 Mrd. Euro investieren wir 2023 in Leistungen und Programme für Kinder, Jugendliche, Familien, Ältere und die vielen Ehrenamtlichen in unserem Land. Darunter fallen beispielsweise die Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro pro Kind seit dem Januar, die Erhöhung des Kinderzuschlages

und des Unterhaltsvorschlusses. Sie sehen, dass in der Familienpolitik etliche Vorhaben umgesetzt werden. Als Fortschrittskoalition haben wir uns zudem weiteren großen Aufgaben angenommen.

Wir wollen zudem eine Kindergrundsicherung einführen, die Kinder aus der Armut holt und bessere Chancen für Kinder und Jugendliche schafft. In einem Neustart der Familienförderung bündeln wir bisherige Leistungen zu einer gerechten und einfach zugänglichen neuen Geldleistung. Zusammen mit den Investitionen in Kitas, Schulen und Teilhabeangeboten stärken wir damit Kinder und Jugendliche und machen das Leben von Familien leichter. Dieses Gesetzesvorhaben befindet sich gerade in der Ressortabstimmung, was nicht ganz einfach ist: Das Vorhaben muss zwischen sieben Ministerien abgesprochen werden. Als SPD-Fraktion drängen wir auf eine schnelle Umsetzung.

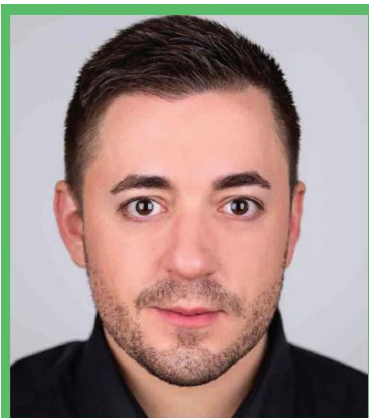
Wann immer es um Kinder geht, muss ihr Wohl im Mittelpunkt stehen. Kinderrechte werden wir daher im Grundgesetz verankern. So wollen wir die Rechte und die Interessen von Kindern und Familien stärken. Dieses Anliegen ist mir besonders wichtig, da die Verankerung im Grundgesetz ein klares Bekenntnis zur voll umfassenden Umsetzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen entsprechend der UN-Kinderrechte in Deutschland darstellt.

Hierzu benötigen wir aber auch die entsprechenden Mehrheiten: Um diese Änderung umzusetzen, muss die Union ihre Blockadehaltung endlich aufheben. Durch die Verankerung im Grundgesetz wird eine deutliche Priorisierung der Rechte von Kindern und ihrer Familien betrieben; daraus folgt zwingend eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung von Familienleistungen. Oftmals wird als Gegenargument die Beschneidung der Elternrechte angebracht. Dies möchte ich als Scheinargument zurückweisen.

Für mich ist die Abschaffung des Ehegattensplittings ein weiteres wichtiges Vorhaben in dieser Legislaturperiode. Im Koalitionsvertrag konnten wir eine Reform der Ehegattenbesteuerung aushandeln. Geteilte Verantwortung in einer Partnerschaft und wirtschaftliche Unabhängigkeit soll sich für alle Familienformen im Steuerrecht niederschlagen. Deshalb wollen wir die Steuerklassen III und V abschaffen und sie in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV überführen. Dazu erwarten wir dieses Jahr einen Gesetzesvorschlag aus dem Finanzministerium; die Beratung dazu soll im Herbst stattfinden. Die endgültige Abschaffung des Ehegattensplittings konnten wir mit den gegebenen Mehrheiten nicht durchsetzen. Die SPD-Fraktion und ich setzen uns aber weiterhin dafür ein.

Als SPD-Bundestagsabgeordnete liegt mir eine moderne Familienpolitik sehr am Herzen; diese muss die unterschiedlichen Familienkonstellationen gerecht werden. Ich weiß Sie als Familienbund der Katholiken in vielen Vorhaben an unserer Seite.

Mit freundlichen Grüßen Ihre
Dr. Daniela De Ridder (Wahlkreis Mittelems)



Manuel Gava,
SPD

- Kostenlose Bildung!
- Familien finanziell entlasten!

Vielen Dank für Ihre Nachricht und die Wiederaufnahme des Kontakts zu diesen wichtigen Themen. Gerne greife ich meine Forderungen aus dem Wahlkampf wieder auf und unterstreiche noch einmal deren Bedeutung für einen sozialeren Staat.

Nachdem die Auswirkungen der Pandemie für Familien in ganz Deutschland eine Herausforderung waren, folgte mit Putins grausamem Krieg die nächste Krise, die die Menschen unter Druck setzt - besonders in sozialer Hinsicht. Wie Sie sich vorstellen können, haben meine Kolleg:innen in Berlin und ich uns den Start der neuen Regierung anders vorgestellt. Doch trotz der widrigen Umstände konnten wir einiges bewegen und viele Versprechen in die Tat umsetzen.

Als Teil der Entlastungspakete konnten wir die längst überfällige Kindergelderhöhung auf 250 Euro für jedes Kind und zusätzlich einen Einmalbonus über 100 Euro für jedes Kind beschließen. Auch der Kinderzuschlag ist auf 250 Euro monatlich gestiegen.

Das neue "Wohngeld Plus" steigt im Schnitt auf 370 Euro pro Monat und die Zahl der Berechtigten verdreifacht sich auf zwei Millionen Menschen.

Den steuerlichen Grundfreibetrag haben wir auf 10.908 Euro angehoben und den Kinderfreibetrag auf 8.952 Euro. Gleichzeitig erhöht sich der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 4.260 Euro.

Betreuungs- und Vormundschaftsrecht konnten wir zudem reformieren: Die Selbstbestimmung unterstützungsbedürftiger Menschen wird somit gestärkt und die Qualität der Betreuung verbessert.

Mein erklärtes Ziel aus dem Wahlkampf, Familien finanziell zu entlasten, konnten wir somit einhalten, wenn auch unter ganz neuen Gesichtspunkten. Als ich gefordert habe, Familien zu entlasten, hätte ich nicht gedacht, dass die Entlastungen vor dem Hintergrund einer internationalen Energiekrise stattfinden würden. Wir beobachten die derzeitige Situation ganz genau und sind immer bereit, bei Bedarf nachzubessern.

Auch wenn Bildung leider noch immer nicht kostenlos ist, bin ich froh, dass wir dem Thema Bildung mit der neuen Regierung endlich einen neuen Stellenwert beimessen.

Die Bildungsausgaben sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und betragen 2020 insgesamt 241 Milliarden Euro. Auch gab es seit 2010 einen großen Zuwachs an Fachkräften im Bereich Bildung. Besonders in Kitas, wo seit 2010 ein Anstieg von 75% zu verzeichnen ist, ist eine positive Entwicklung in Sicht.

Das sind gute Aussichten, aber es muss weiter investiert werden, denn es herrscht immer noch eine große soziale Ungerechtigkeit bei Bildungschancen und dem allgemeinen Zugang zu guter Bildung und Betreuung. Die Fachkräftestrategie von Arbeitsminister Heil spielt dabei eine wichtige Rolle für mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland.

Für weitere Rückfragen zu diesen Themen und auch ganz allgemein als Ansprechpartner stehe ich immer gerne zur Verfügung.

Herzliche Grüße

Manuel Gava (Wahlkreis Osnabrück-Stadt)



Sylvia Holste-Hagen,
B90/Grüne

- Klimaschutz sofort beginnen!
- Für soziale Gerechtigkeit!

Klimaschutz sofort beginnen hätte ich mir dynamischer gewünscht. Als Vorstandsmitglied einer BürgerInnen-Genossenschaft bemühen wir uns um Projekte bei Wind und Solar, jedoch sind Beteiligungsmöglichkeiten für die Bevölkerung nicht entsprechend gesetzlich verankert, wie ich es mir wünschen würde.

Als ehrenamtlicher Verein betreiben wir in den letzten Jahren ein Soziales Kaufhaus, um Menschen mit schmalen Budget Artikel preiswert zu verkaufen. Daneben sorgen wir für die Reduzierung von CO₂, da Waren gebraucht gekauft werden und nicht neu produziert werden müssen.

Daneben protestieren wir seit Sommer 2022 jeden Montag gegen den Marsch der AfD und anderen Rechten, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zum Schutz der Demokratie.

Viele Grüße

Sylvia Holste-Hagen (Wahlkreis Diepholz-Nienburg)



**Filiz Polat,
B90/Grüne**

- Familien im Mittelpunkt
- Kein Kind zurücklassen

Haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage.

Ich bin froh, dass wir in den Bereichen Kinder- und Familienpolitik bereits zahlreiche Erfolge feiern können. So ist z.B. das KiTa-Qualitätsgesetz im Januar 2023 in Kraft getreten, mit dem wir die Qualität in der Kindertagesbetreuung 2023 und 2024 mit je 2 Mrd. Euro stärken. Die Schwerpunkte liegen hier u.a. auf Sprachförderung, Personalschlüssel und Gewinnung und Sicherung von Fachkräften.

Darüber hinaus gibt es seit Juli 2022 einen Sofortzuschlag für Kinder im Leistungsbezug, zum Ausgleich der gestiegenen Energiepreise einen Bonus von 100 Euro pro Kinder zum Kindergeld und seit Januar 2023 die Anhebung des Kindergeldes auf einheitlich 250 Euro für jedes Kind. Um die Situation junger Menschen in und nach der Corona-Pandemie zu verbessern, stellen wir dieses Jahr 55 Mio.

Euro für ein Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit

zur Verfügung. Im Rahmen des Aktionsprogramms "Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche" konnten Familien mit kleineren und mittleren Einkommen und Familien mit Angehörigen mit einer Behinderung in den Jahre 2021 und 2022 kostengünstig eine "Corona-Auszeit" in Familienerholungseinrichtungen machen.

Dies ist ein kleiner Auszug aus unserer Arbeit in Berlin. Darüber hinaus arbeiten wir weiter an der Kindergrundsicherung. Noch 2023 wollen wir hier ins Gesetzgebungsverfahren einsteigen. Weitere Informationen finden Sie auch in unserem Spezial zu Familien: <https://www.gruene-bundestag.de/themen/familie>

Ich hoffe, ich konnte Ihnen einen Einblick in unsere Kinder- und Familienpolitik geben und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Filiz Polat MdB (Wahlkreis Osnabrück-Land)



**Johann Saathoff,
SPD**

- Nein zu Kinderarmut!
- Zeit für Familie!

Vielen Dank für die Möglichkeit, die Arbeit der Bundesregierung nach einem Jahr darzustellen.

Vor der Bundestagswahl waren meine persönlichen Schwerpunkte in diesem Bereich „Nein zu Kinderarmut!“ und „Zeit für Familie!“. Der aktuelle Stand dazu ist wie folgt:

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist von Armut betroffen – obwohl es an vielen Stellen Unterstützung gibt. Diese kommt aber oft nicht dort an, wo sie gebraucht wird - weil Familien nichts von ihrem Anspruch auf Leistungen wissen oder weil sie an bürokratischen Hürden scheitern. Das wollen wir mit der Einführung einer Kindergrundsicherung ändern. Erstens durch die finanziellen Leistungen, zweitens durch die Bündelung der vielen Leistungen, bei denen selbst Expertinnen und Experten nicht mehr durchblicken, und drit-

tens durch eine neue Servicepflicht des Staates.

Wir wollen einen Teil der jetzigen Leistungen (Kindergeld, Steuerfreibeträge für Kinder, Kinderzuschlag, Sozialgeld für Kinder und Teile aus dem Bildungs- und Teilhabepaket) in einer einfach zugänglichen Leistung aufgehen lassen. Diese wird sie sich aus einem Festbetrag und einem gestaffelten Zuschlag, der vom Elterneinkommen abhängt, zusammensetzen. Das Existenzminimum von Kindern soll neu definiert werden. Es geht uns dabei um materielle Grundsicherung sowie um gute Bildung und soziale Teilhabe.

Außerdem wollen wir aus der Holschuld der Bürgerinnen und Bürger künftig eine Servicepflicht des Staates machen. Durch eine einfache Einkommensprüfung, die Bündelung von verschiedenen sozialpolitischen Leistungen und eine digitale Ausgestaltung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens solle die "Inanspruchnahme" der Grundsicherung erleichtert werden. Außerdem sollen Familien auch auf mögliche andere Leistungen hingewiesen werden.

Die Kindergrundsicherung ist ein Mammutprojekt. Die Bundesregierung arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung. Aktuell beraten die beteiligten Ressorts der Bundesregierung über zahlreiche Fragen der Umsetzung. Im Herbst dieses Jahres soll dann einen Gesetzentwurf geben, der in 2024 beraten und beschlossen werden soll. In 2025 soll die neue Kindergrundsicherung dann starten.

Darüber hinaus wollen wir eine zweiwöchige vergütete Freistellung für die Partnerin oder den Partner nach der Geburt eines Kindes einführen. Diese Möglichkeit soll es auch für Alleinerziehende geben. Den Mutterschutz und die Freistellung für den Partner bzw. die Partnerin soll es bei Fehl- bzw. Totgeburt künftig nach der 20. Schwangerschaftswoche geben.

Die Partnermonate beim Basis-Elterngeld werden wir um einen Monat erweitern, entsprechend auch für Alleinerziehende. Wir werden die Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil auf 15 Tage und für Alleinerziehende auf 30 Tage erhöhen.

Der SPD war die Vereinbarkeit von Beruf und Familie schon immer ein wichtiges Anliegen. So haben wir z. B. bereits vor 17 Jahren das Elterngeld eingeführt, eine absolute Erfolgsgeschichte.

Auch in der gerade laufenden Legislaturperiode haben wir also wieder wichtige Vorhaben vor uns, mit denen wir viel für Kinder und Familien tun werden.

Mit freundlichen Grüßen

Johann Saathoff (Wahlkreis Aurich Emden)



Matthias Seestern-Pauly,
FDP

- Kinder. Bildung. Zukunft.
- Wahlfreiheit. Gemeinsam. Anpacken.

Vielen Dank für Ihre Nachricht.

Trotz der schwierigen Haushaltslage des Bundes konnten einige unserer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag bereits umgesetzt werden. Darüber hinaus wurden mehrere umfangreiche Entlastungspakete für die Bürgerinnen und Bürger geschnürt. Wir haben unter anderem die größte Kindergelderhöhung in der Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht.

In der Familienpolitik wurde das KiTa-Qualitätsgesetz beschlossen, mit dem wir die Qualität in der frühkindlichen Bildung mit insgesamt 4 Mrd. Euro in den nächsten zwei Jahren stärken werden. Durch das Gesetz zur Abschaffung der Kostenheranziehung für junge Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe haben wir den jungen Menschen den Start in eine selbstbestimmte und unabhängige

Zukunft erleichtert. Mehr Chancengerechtigkeit erhalten Kinder und Jugendliche auch durch das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit, bei dem sie sich selbst mit Projektideen bewerben und Gelder für ihre Vorhaben erhalten können.

Die stärkere Beteiligung von jungen Menschen ist für mich ein Herzensanliegen. Deshalb bin ich froh, dass der Nationale Aktionsplan „Kinder- und Jugendbeteiligung“ und der Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ im Jahr 2022 gestartet sind. Wir haben das Wahlrecht für die Europawahl auf 16 Jahre abgesenkt und wollen in einem nächsten Schritt auch das Wahlrecht ab 16 für die Bundestagswahl einführen.

Mit unseren Ampel-Partnern laufen aktuell die Abstimmungsprozesse unter anderem für eine Verbesserung der Freiwilligendienste, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Kindergrundversicherung, Kinderrechte ins Grundgesetz und das Qualitätsentwicklungsgesetz mit bundesweiten Standards. Als FDP Fraktion setzen wir uns auch in diesem Jahr für mehr Teilhabe, Chancengerechtigkeit und die weltbeste frühkindliche Bildung ein.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Seestern-Pauly (Wahlkreis Osnabrück-Land)



Thomas Röwekamp, CDU

- Zeit, Raum, Unterstützung
- Vereinbarkeit Familie-Beruf

Vielen Dank für die Nachfrage. In den letzten zwei Jahren hat sich unheimlich viel entwickelt.

Nach meiner Wahl in den Deutschen Bundestag hat mich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Verteidigungsausschuss entsandt. Nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges ist die Verteidigungspolitik weiter in den Fokus gerückt und das Arbeitspensum der Mitglieder des Ausschusses hat sich noch einmal deutlich erhöht. Zudem hat mich meine Fraktion zum Obmann (Sprecher) im Untersuchungsausschuss "Afghanistan" ernannt. Dort untersuchen wir den deutschen Abzug im Sommer 2021 und versuchen Empfehlungen für kommende Einsätze zu entwickeln. Auch eine sehr zeitintensive Aufgabe.

Unter diesen Aufgaben leidet meine Möglichkeit, mich in andere Politikfelder intensiv einbringen zu können. Das bedauere ich, aber die momentane Lage verlangt es.

Den Bereich der Familienpolitik kann ich so nur in Teilen begleiten.

Aber es bleibt ein Bereich, in dem ich mich immer wieder einbringe. In der letzten Woche wurde beispielsweise die von uns aufgesetzte Anhörung unseres Gesetzes zur weiteren Fristverlängerung für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder statt, da die aktuell endenden Fristen des Investitionsprogramms einige Kommunen mit einer drohenden Rückzahlung der Fördergelder in die Knie zwingen. Das Gesetz wurde leider mit der Mehrheit der Ampel abgelehnt. Ich habe diese Initiative immer unterstützt, weil ich glaube, dass der Kitausbau nicht nur ein entscheidender Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist, sondern auch die frühkindliche Bildung entscheidend stärkt.

Wir als Fraktion, aber auch ich ganz persönlich, bleiben bei diesen Themen dran.

Grundsätzlich ist der Wechsel von der Regierung in die Opposition für unsere Arbeit prägend. Aus der Opposition heraus haben wir nur sehr begrenzten Gestaltungsspielraum. Missstände zeigen wir jedoch konstruktiv auf und bringen bessere Alternativen ein.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Röwekamp (Wahlkreis Bremen I)